

Friedrich Engels und die deutsche Sozialdemokratie im Kampf gegen die Militärvorlage von 1892/93 – „Kann Europa abrüsten?“ und die Wirkung in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung bis 1895

Wie schon im Referat von Jutta Seidel dargelegt, spielte der Kampf um die Ausarbeitung einer Strategie im Kampf um die Erhaltung des europäischen Friedens eine bedeutende Rolle in der II. Internationale. Im Zusammenhang mit der neuen großen deutschen Militärvorlage, die im November 1892 von Reichskanzler Caprivi dem Deutschen Reichstag vorgelegt worden war, drohte Europa eine neue Runde des Rüstens und eine Verschärfung der ohnehin vorhandenen latenten Kriegsgefahr. Damit stand vor allem die deutsche Sozialdemokratie vor der Aufgabe, dieser drohenden Rüstungsspirale ein demokratisches Alternativprogramm entgegenzustellen. Bereits 1891/92 hatte Engels in seinen Artikeln „Le Socialisme en Allemagne“ und „Der Sozialismus in Deutschland“ wichtige strategische Überlegungen über Stellung der deutschen Arbeiterklasse in einem drohenden europäischen Krieg dargelegt. In diesen Artikeln wurde deutlich, wie Engels vom tatsächlichen Klassenkräfteverhältnis ausging und daraus strategische und taktische Überlegungen ableitete. Ein Beispiel dafür war seine, allerdings reichlich optimistische, Entwicklungsprognose der Situation der preußisch-deutschen Armee. „Heute haben wir einen (sozialdemokratischen – F.S.) Soldaten auf fünf, in wenig Jahren werden wir einen auf drei haben, und gegen 1900 wird die Armee, früher das preußischste Element des Landes, in ihrer Majorität sozialistisch sein.“¹ Zu den Kampfformen des Proletariats führte er aus, die Gesetzlichkeit „arbeitet so vortrefflich für uns, daß wir Narren wären, verletzten wir sie, solange dies so vorangeht“². Diese Aussagen können nur im Zusammenhang mit seinen Auffassungen zu Krieg und Frieden bewertet werden. Für Engels stand immer das Ziel die Erhaltung des Friedens. Deshalb ordnete er alle strategischen Überlegungen der Frage unter, wie der Frieden zu sichern sei, denn der „Friede sichert den Sieg der deutschen Sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren“, schrieb Engels, „Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren oder vollständigen Ruin, wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. Demgegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sichern Triumph des Friedens abzuwarten“³.

Die Hungersnot in Rußland ließ die akute Kriegsgefahr, wie sie im Herbst 1891 ge-

herrscht hatte, etwas zurückgehen. Engels ging es in der Folgezeit daher vor allem um die Frage: Wie ist die weiter vorhandene latente Kriegsgefahr einzuschränken? Gleichzeitig stellte er Überlegungen zur Notwendigkeit der Ausarbeitung einer revolutionären Taktik an. „Die Ära der Barrikaden und Straßenschlachten ist für immer vorüber; wenn die Truppe sich schlägt, wird der Widerstand Wahnsinn. Also ist man verpflichtet, eine neue revolutionäre Taktik zu finden. Ich habe seit einiger Zeit darüber nachgedacht, bin aber noch zu keinem Ergebnis gekommen.“⁴

Im August 1892 ist in den Briefen von Engels wieder eine deutliche Zunahme der Aussagen zu militärischen Fragen zu beobachten. Der unmittelbare Anlaß war eine Rede des deutschen Kaisers. Vor einem Teil des deutschen Offizierskorps äußerte er sich ablehnend zur zweijährigen Dienstzeit im stehenden Heer.⁵ Damit stellte er sich nicht nur gegen den Reichskanzler Caprivi, der dieses in Aussicht gestellt hatte, sondern auch gegen den Freisinn, das Zentrum und die Nationalliberalen, die seit Jahrzehnten schon hofften, dieser Wunsch werde ihnen endlich erfüllt. Auch Engels schätzte ein, daß es selbst den Nationalliberalen schwerfallen würde, die zu erwartende Militärvorlage zu bewilligen, wenn nicht die zweijährige Dienstzeit fixiert würde. „Und da steigen die Möglichkeiten der Auflösung des Reichstages.“⁶ Bebel, der nicht an eine Auflösung des Reichstages aus diesem Grunde glaubte, war sich aber mit Engels dahingehend einig, daß, sollte es doch soweit kommen, die gesamte Opposition die denkbar günstigste Wahlparole besitzen würde.⁷ Die in der deutschen Öffentlichkeit kursierenden Gerüchte über eine neue Militärvorlage erschwerten eine konkrete Stellungnahme zu der zu erwartenden Stärkung des preußisch-deutschen Militarismus. Die deutsche Sozialdemokratie nutzte ab Juni 1892 fast jede Nummer ihres Zentralorgans „Vorwärts“ zur Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Militärstaat. War es in Leitartikeln oder Versammlungsberichten, immer wurde versucht, die Ursachen für den sich weiter ausbreitenden Militarismus aufzuzeigen. Am 25. Juni 1892 erschien im „Vorwärts“ unter der Überschrift „Die große Militärvorlage“ ein Leitartikel, der auf die prinzipielle Stoßrichtung der Sozialdemokratie im Kampf gegen die Militärvorlage hinwies. Der Artikel trug programmatischen Charakter. Darin hieß es unter anderem: „Die große Militärvorlage tritt mehr und mehr in den Vordergrund der politischen Diskussion... Daß dem deutschen Volk Ungeheures und Ungeheuerliches zugemuthet werde, das wird gar nicht mehr ernstlich bestritten. Man streitet sich nur um nebensächliche Dinge – ob mit der Vergrößerung der Präsenzstärke eine entsprechende Verkürzung der Dienstzeit verbunden werde, und ähnliche Fragen. Zweijährige Dienstzeit hin, zweijährige Dienstzeit her und wenn es *einjährige* Dienstzeit wäre! Nicht in der Dienstzeit liegt das Uebel, sondern in dem ganzen Heeressystem, in dem Militarismus.“

Der Militarismus verträgt sich sehr wohl auch mit kurzer Dienstzeit. Aber das Wohl und die Freiheit des Volkes vertragen sich nicht mit dem Militarismus... Gegen eine Verkürzung der Dienstzeit sind wir selbstverständlich nicht, allein sie nur ein unwe-

sentliches Zugeständnis ist, das einzig zu dem Zweck gemacht wird, den Militarismus zu *verstärken* und zu *verewigen*. Durch solche Konzessionen dürfen wir uns nicht täuschen, nicht von der Kardinalforderung abbringen lassen: *Prinzipieller Bruch mit dem herrschenden Militärsystem! Weg mit dem Militarismus!*"⁸

Dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1892 mußte angesichts der zu erwartenden Militärvorlage erhöhte Bedeutung zukommen. Ihm oblag es, die Strategie der SPD gegen diese Militärvorlage auszuarbeiten. Die Partei ließ sich dabei von ihrer seit Jahrzehnten vertretenen Haltung leiten, das herrschende Militärsystem abzulehnen. Paul Singer erstattete den Bericht über die parlamentarische Arbeit der Reichstagsfraktion. Seinen Ausführungen zufolge ergab sich für den Parteitag die Notwendigkeit, sich mit der Militärvorlage zu beschäftigen, daraus, daß der Militarismus nur im Interesse der herrschenden Klasse sei und im Dienste des Kapitalismus stehe. Die Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, diese Lebensader zu zerstören.⁹ Die vom Parteitag einstimmig¹⁰ angenommene Resolution zur Militärvorlage stellte deshalb auch den sozialdemokratischen Abgeordneten die Aufgabe, „die Regierungsvorlage sowie jede anderweitige Forderung für das gegenwärtige Militärsystem (zu) verwerfen“¹¹.

Die „Kölnische Zeitung“ hatte am 24. Oktober 1892 detailliertere Angaben zur Militärvorlage abgedruckt¹², die sofort den Zorn der Sozialdemokratie hervorriefen, auch wenn die genauen Kennziffern der Partei noch nicht vorlagen. Allein das Zentralorgan der Sozialdemokratie veröffentlichte in der Zeit vom 25. Oktober bis zur offiziellen Bekanntgabe der Militärvorlage im Deutschen Reichstag am 23. November 1892 über zwanzig Artikel und Versammlungsberichte zur Vorlage. Nach der Veröffentlichung in der „Kölnischen Zeitung“ hatten sich auch andere Parteien kritisch damit auseinandergesetzt. Das ließ harte Auseinandersetzungen um einzelne Bestimmungen voraussehen und von Anfang an den Verdacht aufkommen, daß die Militärvorlage in dieser Form den Reichstag nicht passieren würde.

Am 23. November 1892 wurde durch die Reichsleitung dem Deutschen Reichstag eine Heeresvergrößerung vorgeschlagen, die alle bisherigen übertraf. Im einzelnen war eine Vermehrung des Heeres um 72037 Soldaten, 11857 Unteroffiziere und 2138 Offiziere vorgesehen. Die dauernden Mehrausgaben des Reiches sollten 64 Millionen Reichsmark bei einer einmaligen Ausgabe des Reiches von 67,8 Millionen Reichsmark betragen.¹³ Die Möglichkeit zum Aufbringen dieser Mittel sahen die Herrschenden Deutschlands in der Verdoppelung der Brausteuer und der Erhöhung der Branntwein- und Börsensteuer. Als wichtigsten Hintergrund für dieses Gesetz gab die Regierung an, „daß die zu unseren Ungunsten sich immer mehr verschiebende militärpolitische Situation durchgreifende Maßregeln fordert. Das Übergewicht, welches wir in der Vergangenheit der von uns zuerst eingeführten allgemeinen Wehrpflicht verdanken, ist geschwunden, wir sind in der Durchführung dieser Pflicht von unseren Nachbarstaaten überholt.“¹⁴ Auch das brisante Thema der

Dienstzeit bei der Fahne wurde berührt. Der Gesetzentwurf lehnte die gesetzliche Festlegung einer zweijährigen Dienstzeit ab. Er schrieb jedoch eine aktive zweijährige Dienstzeit fest, nach deren Ableistung die Wehrpflichtigen zur Disposition gestellt werden sollten. Diese Regelung betraf alle Truppenteile, bis auf die Kavallerie, die weiterhin drei Jahre aktiv dienen sollte. War die Friedenspräsenzstärke des Deutschen Heeres 1890 auf 486983 festgeschrieben worden, gültig bis 1894, so sollte nun die Stärke vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 492068 betragen. Auf den ersten Blick handelte es sich lediglich um eine Vermehrung von knapp 6000 Mann, aber während bis 1893 die Unteroffiziere Bestandteil der Friedenspräsenzstärke waren, sollte diese Regelung ab 1893 entfallen. Wird nun der Maßstab von 1890 zugrunde gelegt, so würde die neue Stärke der Deutschen Armee 570877 Mann betragen, also eine Heeresvergrößerung auf 116 Prozent bedeuten.

In der Argumentation für die Militärvorlage ließ sich die Reichsleitung von der Lüge leiten, sie wäre notwendig, um den Frieden zu sichern.¹⁵ Gleichzeitig wurde im Gesetzentwurf zugegeben, daß Deutschland Frankreich in der Wehrkraft überflügeln wolle¹⁶ und deshalb sei es erforderlich, die Wehrkraft des ganzen Deutschen Reiches anzuspannen¹⁷. Auf diese Argumente der Leitung Deutschlands ging die Sozialdemokratie sowohl im Parlament als auch in ihren öffentlichen Versammlungen ein. Auch die zentrale Streitfrage zwischen den bürgerlichen Parteien, die gesetzliche Fixierung der zweijährigen Dienstzeit, spielte eine Rolle für die Sozialdemokratie, war jedoch von untergeordneter Bedeutung. In ihrer Argumentation gegen die Militärvorlage ließ sie sich von dem Marxschen Gedanken leiten, daß von „allen Dogmen der bigotten Politik unserer Tage ... keine mehr Unheil angerichtet (haben) als die, daß ‚um Frieden zu haben, man sich zum Kriege rüsten muß‘. Diese große Wahrheit, die sich hauptsächlich dadurch auszeichnet, daß sie eine große Lüge enthält, ist der Schlachtruf, welcher ganz Europa zu den Waffen gerufen.“¹⁸

Als erster Redner der Sozialdemokratie zur Militärvorlage nahm August Bebel am 13. Dezember 1892 das Wort. Er setzte sich vor allem mit drei Problemen auseinander: 1. der Stellung der Sozialdemokratie zum Heer, 2. den Ursachen für die politische Entwicklung seit 1871 und 3., ob diese Militärvorlage die allgemeine Wehrpflicht verwirkliche. In seiner Argumentation verknüpfte Bebel vor allem das erste und das dritte Problem. Dabei trat er gegen die Meinung des Reichskanzlers und aller anderen konservativen Kräfte auf, die der Sozialdemokratie immer wieder vorgeworfen hatten, sie wolle das Vaterland wehrlos machen. „Wir stehen ... auf dem Boden“, sagte Bebel, „daß *jeder* Soldat werden soll, daß jedem der die physischen Kräfte dazu hat, die Verpflichtung obliegt, Vertheidiger des Vaterlandes zu werden. Wir wollen also in Wahrheit durchgeführt wissen, was die gegenwärtige Regierungsvorlage angeblich anstrebt, aber nur zum Teil durchführt.“¹⁹ An Hand der Militärvorlage wies Bebel nach, daß auch nach deren Verabschiedung 60000 Wehrfähige eines jeden Jahrganges nicht eingezogen werden könnten.²⁰ Gleichzeitig führte Bebel die Aussa-

gen bürgerlicher Parlamentarier wie Karl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg²¹ und Rudolf von Bennigsen²² ad absurdum, die Militärvorlage verwirkliche bei der Aushebung die allgemeine Gleichheit. Denn die Kavallerie mußte weiter drei Jahre aktiv dienen und das System der Einjährig-Freiwilligen wurde auch nicht angetastet.

Insgesamt ist zu dieser ersten Beratung des Gesetzentwurfs zur Heeresvorlage zu bemerken, daß, während die konservativen Parteien der Militärvorlage in der vorgelegten Form ihre Zustimmung geben wollten, alle anderen bürgerlichen Parteien Einwände und Verbesserungsvorschläge vorbrachten. Die Nationalliberale Partei wollte eine gesetzliche Fixierung der Dienstzeit auf zwei Jahre für so lange, bis die Friedenspräsenzstärke unter die Zahl von 492068 gefallen sei. Grundsätzlich sah sie eine Notwendigkeit für Deutschland in der Militärvorlage. Damit stimmte sie mit den konservativen Parteien und der Reichsleitung weitestgehend überein. Die Freisinnige Partei um Eugen Richter trat für eine gesetzliche Fixierung der zweijährigen Dienstzeit bei Beibehaltung einer Stärke von 420000 Mann ein.

Kein Redner der bürgerlichen Parteien stellte die Ursachen für die Rüstungspolitik dar, keiner ging auf die politischen und ökonomischen Hintergründe ein. Während sich die Mittelparteien hinter einer Unmenge von Wenn und Aber verbargen, sprachen sich die konservativen Parteien eindeutig für die Annahme der Militärvorlage aus. Daher ist General von Loë zuzustimmen, der am 31. Dezember 1892 an Stumm-Halberg schrieb: „Es sind nur zwei Redner im Reichstag aufgetreten, die zielbewußt und klar zur Sache und nicht zum Fenster hinaus gesprochen haben. Diese beiden Redner sind – verzeihen Sie die Zusammenstellung – Sie und Bebel, Sie für die Erhaltung des Vaterlandes, Bebel für die Zerstörung. Alle übrigen mit Seitenblicken und mit dem Motto: ‚Wasch mir den Pelz und mach mich nicht naß! ...‘“²³. Seine politische Überzeugung brachte er dabei deutlich zum Ausdruck.

Wie aufmerksam Engels die Debatte verfolgte, läßt sich aus einem Brief an Bebel ablesen.²⁴ Er hat sich zwar nie in einem überlieferten Brief über Bebels Reichstagsrede vom 13. Dezember 1892 geäußert, jedoch das Reichstagsstenogramm gelesen.

Der Protest großer Teile des deutschen Volkes gegen diese Militärvorlage und die sich abzeichnende Unmöglichkeit, die Vorlage in dieser Form durchzubringen, zwang die herrschenden Kreise, die Diskussion aus der Öffentlichkeit des Deutschen Reichstages zu verbannen. Der nationalliberale Abgeordnete Arthur Osann forderte die Überweisung der Militärvorlage an eine Kommission, der 28 Mitglieder angehören sollten. Dieser Schritt verdeutlichte die Suche der bürgerlichen Parteien nach einem Kompromiß, was auch aus seiner Begründung des Antrages hervorgeht: „Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß zum Wohle des Vaterlandes eine Einigung auf Grund der Vorlage – nicht der Vorlage selbst eintritt.“²⁵ Bebel hatte schon am 5. Dezember 1892 Engels darauf aufmerksam gemacht. „Im Reichstag spitzt sich die Militärvorlage zu einem Kompromiss zu, der in der Kommission zum Austrag kommt.“²⁶ Wie wichtig der Sozialdemokratie die Debatte in der Militärkommission

erschien, beweist vor allem die Tatsache, daß sich Bebel in diese Kommission wählen ließ. Neben ihm vertraten Carl Grillenberger und Paul Singer die sozialdemokratischen Interessen.²⁷

Auch in der deutschen Öffentlichkeit wurde die Militärvorlage mit den unterschiedlichsten Gefühlen aufgenommen. Neben weit verbreiteter Ablehnung waren auch hier Kompromißbereitschaft und bedingungslose Zustimmung zu finden. Deshalb wurde durch den Reichskanzler ein bisher beispielloser Propagandafeldzug entfacht, um die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Militärvorlage zu überzeugen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Deutschen Reiches wurde ein Offizier mit einer solchen Aufgabe betraut. Major Keim oblag es, ausgestattet mit jeder Unterstützung der Reichsleitung, diesen Feldzug zu führen. Wie umfangreich dabei die Aufgabenstellung durch den Reichskanzler war, geht aus seinen Lebenserinnerungen hervor.²⁸

Aber auch unter bürgerlichen Kräften regte sich Widerstand gegen den Militarismus. Angeprangert wurden vor allem die Beeinflussung des gesamten öffentlichen Lebens durch den sich verstärkenden Militarismus, die Abtötung des Denkens bei den Soldaten und die Vergeudung wertvoller Zeit durch Drill, Parade- und Wachdienste. Maßgebend für die Ablehnung der Militärvorlage muß die Volksstimmung sein. Die Annahme der Vorlage wäre gleichbedeutend mit einer Zuspitzung aller Erscheinungen des Militarismus.²⁹

Das Verdienst dieser bürgerlichen Kräfte besteht darin, auf die Auswirkungen des Militarismus auf die innenpolitische Lage aufmerksam gemacht zu haben. Nahmen sie auch keine Stellung zu den Ursachen des sich weiter ausbreitenden Militarismus, so boten ihre Arbeiten doch günstige Anknüpfungspunkte für den Kampf der Sozialdemokratie. Auch solche Aussagen wie allgemeine Wehrpflicht und stehendes Heer sind dem Prinzip nach nicht miteinander vereinbar³⁰, trugen entscheidend zur Schärfung des öffentlichen Bewußtseins bei.

Unter diesen politischen Verhältnissen, der Verbannung der Diskussion über die Vorlage aus der Öffentlichkeit, dem Vorherrschen der unterschiedlichsten Meinungen zur Militärvorlage und der sich zeigenden Kompromißbereitschaft der bürgerlichen Parteien, mußte dem außerparlamentarischen Kampf der Sozialdemokratie eine erhöhte Bedeutung zukommen. „In richtiger Erkenntnis des Zusammenhangs von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf erklärte Liebknecht die Protestkampagne der Partei und der Volksmassen als die grundlegende Aufgabe, als Voraussetzung für einen wirkungsvollen Kampf im Parlament.“³¹ Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant zu vermerken, daß bis zum 16. Dezember 1892 von den dreißig öffentlichen Versammlungen der Sozialdemokratie sich dreiundzwanzig mit der Militärvorlage beschäftigten. Als Redner traten jeweils Abgeordnete der SPD auf, unter ihnen Ignaz Auer, Carl Grillenberger und Hermann Molkenbuhr.³²

Am 10. Januar 1893 nahm die VII. Kommission (Militärkommission) des Deutschen Reichstages ihre Tätigkeit auf. Grundlage der Beratungen war die Regierungsvor-

lage. August Bebel entwickelte in seinen beiden Reden am 13. und 24. Januar 1893 noch einmal die grundsätzlichen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie zur Veränderung des Heereswesens Deutschlands. Der wichtigste Ausgangspunkt war für ihn, daß in den nächsten Jahren von Rußland kein Krieg drohen würde. Trotzdem müsse Deutschland seine Wehrkraft stärken. Die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, sei die Entwicklung einer Volkswehr, wie es die Sozialdemokratie seit langem fordere. Dann „würde Deutschland im besten Sinne des Wortes an der Spitze Europas stehen“³³. In Abgrenzung von den auch in der Sozialdemokratie weit verbreiteten kleinbürgerlichen Vorstellungen zur Heeresreform, nahm er am 24. Januar 1893 auch zur Schweizer Miliz Stellung. Bebel erkannte die Unvollkommenheit des Schweizer Systems. In der Schweiz fehle die militärische Jugenderziehung, und die militärische Ausbildung der Erwachsenen sei mehr als mangelhaft.³⁴ Damit drückte Bebel bereits im Januar 1893 die Gedanken aus, die Engels in „Kann Europa abrüsten?“ verallgemeinert zu jeder bestehenden Miliz formulierte. Insgesamt korrespondierten die Reden Bebels in der Kommission sehr stark mit der von ihm am 13. Dezember 1892 im Deutschen Reichstag gehaltenen. Hervorhebenswert ist ferner, daß sich Bebel die Gedanken Engels' zu eigen gemacht hatte, was die Gefahr eines von Rußland ausgehenden Krieges betraf.

Um noch gezielter die Auseinandersetzung führen zu können, wandte sich Bebel an Engels mit der Bitte, ihm eine „Lektion“ zur Militärvorlage zu erteilen³⁵. Engels, der dieser Bitte sehr schnell entsprach, schickte bereits am 23. Februar 1893 die Arbeit „Kann Europa abrüsten?“ an Bebel.³⁶ In seiner Arbeit entwickelte Engels wichtige Abrüstungsprinzipien, die auch unter aktuell-politischem Gesichtspunkt von großem Interesse sind. Wichtigste Voraussetzung, die Kriegsgefahr in Europa zu senken, war für ihn die Reduzierung der Dienstzeit bei der Fahne. Die jüngsten Diskussionen in der UdSSR bzw. in den Zeitschriften „Moskovskie Nowosti“ und „Das 20. Jahrhundert und der Frieden“ weisen auch heute auf die Wichtigkeit dieses Abrüstungsprinzips hin³⁷, um die Armeen in Armeen der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit verwandeln zu können. Weitere wichtige Abrüstungsprinzipien, die Engels in dieser Arbeit aufstellte, waren: Grundlage jeder Abrüstung ist die exakte Analyse des Klassenkräfteverhältnisses, das Erkennen des Hauptgegensatzes und der Kampf um dessen Lösung, Abrüstung ist nur nach dem Prinzip der gleichen Sicherheit möglich, das Prinzip der Kontrolle der Abrüstungsschritte und nicht zuletzt Abrüstung ist nur dann erfolgreich durchzusetzen, wenn die revolutionäre Arbeiterbewegung dies als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erkennt und es ihr gelingt, andere Teile des werktätigen Volkes in diesen Kampf einzubeziehen. Der Engelssche Abrüstungsentwurf war der Höhepunkt des militärpolitischen Schaffens von Engels seit 1871 und mußte den Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der militärpolitischen Auffassungen der revolutionären Arbeiterbewegung durch die marxistischen Kräfte um die Jahrhundertwende bilden.

Wenn man die Wirkung dieser Abrüstungskonzeption in der deutschen Arbeiterbewegung betrachtet, so muß man sich vor zwei extremen Positionen hüten, einerseits zu behaupten, diese Konzeption wurde gar nicht beachtet und als Beweis den Brief von Bebel an Engels vom 12. März 1893 angeben, in dem dieser davon sprach, daß die deutsche Sozialdemokratie unmöglich mit diesem Militärplan operieren könne³⁸ und andererseits euphorisch festschreiben, daß der Engelssche Plan von der deutschen Sozialdemokratie konsequent in der antimilitaristischen Arbeit genutzt worden sei. In der Regel findet sich in der marxistischen Literatur der letztere Standpunkt.³⁹ Wenn auch etwas differenzierter, so doch im Band 1 der Geschichte der SED auf den Seiten 479/80. Will man die Wirkung des Engelsschen Abrüstungsplanes detailliert untersuchen, so ist es unbedingt notwendig, ihn in die Weiterentwicklung der Revolutionstheorie durch Engels in den 90er Jahren einzuordnen. Andernfalls bleiben nur einseitige Interpretationsmöglichkeiten offen.

Da es keine Auseinandersetzung oder Beschäftigung mit dem Abrüstungsvorschlag in der Gesamtpartei gab, davon zeugen die Parteitageprotokolle und das Zentralorgan der Partei „Vorwärts“, wo nicht einmal nach der Publizierung der Artikel darauf Bezug genommen wurde, muß die Wirkung dieser Konzeption anhand führender Repräsentanten der Partei analysiert werden. Auf Bebel ist schon verwiesen worden, aber selbst bei ihm stellt sich dies wesentlich differenzierter dar, denn Bebel hatte im Januar 1893 in der Militärkommission des Deutschen Reichstages den Antrag nach einer zweijährigen Dienstzeit für alle Fußtruppen, den der freisinnige Abgeordnete Rickert eingebracht hatte, auf alle Truppen ausgeweitet. Damit wurde deutlich, wie Bebel hier versuchte, Vorschläge bürgerlicher Klassenkräfte aufzugreifen und zu erweitern.⁴⁰ Diese Überlegungen von Bebel wurden zu einem wichtigen Ausgangspunkt für Engels in „Kann Europa abrüsten?“ Aber auch aus dem Grund, daß dieser „durchaus taktisch richtige Vorschlag“ Anstoß erregte unter den sozialdemokratischen Abgeordneten⁴¹, lehnte Bebel aus Furcht vor den neuen innerparteilichen Auseinandersetzungen die Nutzung des Engelsschen Planes durch die deutsche Sozialdemokratie ab. Da Bebel Ende März 1893 bei Engels in London weilte, sind keine weiteren Äußerungen von Bebel bekannt, die direkt auf den Abrüstungsentwurf gerichtet sind. Lediglich im Zusammenhang mit einer Rede des Reichskanzlers Caprivi am 3. Mai 1893, als dieser auf die Engelssche Arbeit zu sprechen kam, nahm Bebel noch einmal zu dieser Arbeit Stellung. Caprivi warf den Sozialdemokraten, bezugnehmend auf Engels, vor, das Ziel der Miliz sei, „daß Untergebene den Vorgesetzten *mores* lehren“⁴². August Bebel antwortete Caprivi am folgenden Tag. Nach seiner Meinung war die Untergrabung des Bestandes der Armee nicht das Ziel des Milizsystems, und auch nicht, daß das Heer aufhöre, ein Werkzeug in den Händen der Regierung zu sein.⁴³ Wenn man sich dabei die antimilitaristische Arbeit der deutschen Sozialdemokratie vor Augen hält, muß diese Aussage Bebels als politisch nicht haltbar betrachtet werden. Natürlich war es ein wesentliches Ziel der deutschen

Sozialdemokratie, das stehende Heer für die herrschenden Klassen unbrauchbar zu machen. Ebenso natürlich war es, daß die Jugend dafür der ideale Ansprechpartner war, aber es ist eben auch festzustellen, daß die Sozialdemokratie die Kasernenagitation ablehnte, um den Militärs keinen Vorwand für Soldatenmißhandlungen gegenüber Sozialdemokraten zu liefern. Aber gerade die Position über die Agitation unter den Soldaten mußte von den revolutionären Sozialdemokraten neu durchdacht werden. Die Notwendigkeit einer speziellen antimilitaristischen Agitation unter der Jugend stand bereits in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts objektiv auf der Tagesordnung, wollte die deutsche Sozialdemokratie das Ziel, „Sprengung des Militarismus“ von innen heraus, verwirklichen. Das Milizsystem hatte zwei Ziele: als erste und wichtigste Folge wäre es mit einem solchen Heer unmöglich, einen Angriffskrieg zu führen. Zum anderen hätte eine Umwandlung des stehenden Heeres auch eine innenpolitische Funktion gehabt, die Miliz war *nicht* zum Führen eines Bürgerkrieges geeignet. Von diesen Gedanken ging Engels in den neunziger Jahren aus. Weshalb sonst setzte er so große Hoffnungen auf die ideologische Beeinflussung der Armee durch die Sozialdemokratie⁴⁴, oder schrieb er an Paul Lafargue „wenn die Truppe sich schlägt, wird der Widerstand Wahnsinn“⁴⁵?

Wesentlich komplizierter als bei Bebel liegt dieser Sachverhalt bei Wilhelm Liebknecht. Liebknecht, der insgesamt der Möglichkeit einer internationalen Abrüstung positiver gegenüberstand als Bebel, hatte bereits 1890 die Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz gefordert.⁴⁶ Auch hatte er am 28. Februar 1893 Engels euphorisch geschrieben: „Bravo! Many thanks. Ich habe doppelten Grund zufrieden zu sein, da dies ein alter Streitpunkt.“⁴⁷ Insgesamt unterstützte er den Abrüstungsplan und versuchte auch, dessen Ideen zu popularisieren. In der Rede vom 7. Juli 1893 im Deutschen Reichstag von Liebknecht wurde der Einfluß des Engelsschen Planes am deutlichsten. Ähnlich wie Friedrich Engels ging Liebknecht davon aus, daß das Wettrüsten nie das Ziel erreichen würde, einer anderen Nation überlegen zu sein. Denn auch die Gegenseite würde immer die Rüstung forcieren, sobald sie sich bedroht fühle. Gleichzeitig verwies Liebknecht darauf, daß die militärtechnische Seite für die Sozialdemokratie immer nur dann von Bedeutung sei, wenn die militärpolitische dies zulasse, bzw. wenn die Sozialdemokratie den militärpolitischen Ansichten der Regierung zustimme. Die Einschätzung Liebknechts zum Grad der Bedrohung des Deutschen Reiches 1893 deckte sich vollständig mit der Engelsschen. Ebenso wie Engels ging auch Liebknecht von der Tatsache aus, daß momentan keine akute Kriegsgefahr bestehen würde.⁴⁸ Auch bezüglich Frankreich stimmte Liebknecht Engels zu. Besonders deutlich wird der Einfluß der Gedanken von Friedrich Engels auf Liebknecht als dieser ausführte: „*Wohlan, die Zeit ist da! Der Augenblick günstig. Frankreich ist durch seine inneren Angelegenheiten dermaßen in Anspruch genommen, daß es jetzt mehr als je geneigt sein würde, sein Ohr einem Vorschlag auf allmähliche Abrüstung und Übergang zum Milizsystem zu leihen. Und wird der*

Vorschlag zurückgewiesen, was ist für uns verloren? Nichts! Und das Deutsche Reich hat an moralischem Ansehen und moralischer Kraft unendlich mehr gewonnen, als durch diese und zwanzig spätere Militärvorlagen.“⁴⁹

Am 2. März 1895 kam Wilhelm Liebknecht auf die grundsätzlichen militärpolitischen Vorstellungen zurück. Dazu hatte die Sozialdemokratie am 2. März 1895 einen Antrag im Deutschen Reichstag eingebracht, der die schrittweise Umwandlung des stehenden Heeres in ein Milizheer vorsah.⁵⁰ In seiner Rede entwickelte Liebknecht die Auffassungen über die Vorteile der Miliz gegenüber dem stehenden Heer, die seiner Meinung nach darin bestanden, daß die Miliz nicht so hohe Kosten verursache und daß sie nicht zu Staatsstreichen und zum Führen eines Bürgerkrieges geeignet sei. Deutlich wurde in dieser Rede auch, daß Liebknecht die schrittweise Umwandlung des stehenden Heeres von der Abrüstung loslöste. „Gleichviel wer und was an der gegenwärtigen Weltlage die Schuld tragen mag, *eine Entwaffnung kann jetzt nicht stattfinden* ... Darum ist von uns ein Antrag *auf Entwaffnung und Abrüstung*, ... nicht gestellt worden.“⁵¹ Während für Engels die schrittweise Umwandlung des stehenden Heeres in die Miliz Bestandteil und erste Bedingung für die schrittweise Abrüstung war, handelte es sich für Liebknecht *nur* darum, daß diese Umwandlung des stehenden Heeres ein Schritt zur Verstärkung der Wehrkraft sei. Der Gedanke, daß eine Miliz zum Führen eines Angriffskrieges nicht geeignet sei, findet bei Liebknecht keinerlei Berücksichtigung. Damit wurde die Engelssche Milizauffassung einseitig und nur partiell angewandt. Nur an einer Stelle versuchte er den Zusammenhang von der Schaffung einer Miliz und der Abrüstung darzustellen⁵². In Verbindung mit dieser Rede ist auch Engels' letzte Äußerung zur Umwandlung der stehenden Heere entstanden. Karl Kautsky hatte sich am 5. März 1895 an Engels gewandt und ihm seine Einschätzung der Rede Liebknechts mitgeteilt.⁵³ Dabei war er mit Engels einer Meinung, daß sich ein Milizheer auf Grund der fortgeschrittenen Technik nicht mehr mit einem Berufsheer messen könne und daß die Miliz keinen finanziellen Vorteil böte. Wie Kautsky zu dem Abrüstungsproblem stand, geht ebenfalls aus diesem Brief hervor. „Für das Milizsystem sprechen nur politische Erwägungen, gerade jene, die dessen Gewährung zu einem Selbstmord der herrschenden Klasse stempeln würden. Will man das nicht sagen, wir wollen das Milizsystem, um das Proletariat gegen die herrschende Klasse zu bewaffnen, dann muß man sich begnügen, am Militarismus Kritik zu üben, ohne positive Vorschläge zu machen.“⁵⁴ Da sich Kautsky aber 1895 zum ersten Mal zu diesen Fragen äußerte, ist seine Meinung zum 1893 formulierten Vorschlag nicht fixierbar.

Die Aufnahme des Engelsschen Abrüstungsentwurfes gestaltete sich in der deutschen Sozialdemokratie äußerst problematisch. Während der Engelssche Plan nur als ein Bestandteil seiner revolutionstheoretischen Auffassungen betrachtet und behandelt werden kann, wurde dieser Zusammenhang von der deutschen Sozialdemokratie kaum hergestellt. Während Bebel die Anschauungen Engels' zur sozialisti-

schen Revolution teilte, ging er den nachfolgenden Schritt, der Zustimmung zur Abrüstungskonzeption, nicht mit. Diese Haltung blieb die bestimmende in der deutschen Sozialdemokratie. Seinen Ausdruck fand das auch darin, daß auf den beiden Parteitagungen der deutschen Sozialdemokratie 1894 und 1895 keinerlei Aussagen zur Notwendigkeit der Abrüstung gemacht wurden. Bebel vertrat auch die Meinung, daß die Schweizer Miliz nicht das Vorbild für eine deutsche Miliz sein könne. Die möglichen Gründe dafür, daß Bebel dem Abrüstungsentwurf nicht zustimmte, sind an anderer Stelle bereits dargelegt worden. Auf einen sei jedoch hingewiesen, Bebel konstatierte zwar die aufbrechenden Widersprüche zwischen den sogenannten Ordnungsparteien, konnte sich aber nicht dazu entschließen, diese Widersprüche für den parlamentarischen Kampf auszunutzen. Seiner Meinung nach machte die unmittelbare Nähe zur sozialistischen Revolution ein solches Vorgehen überflüssig. Außerdem gab der politische Tageskampf der deutschen Sozialdemokratie Bebel scheinbar darin recht, daß mit den politischen Kräften des Freisinns nicht um ein gemeinsames Ziel gekämpft werden konnte (siehe die Ereignisse um die Militärvorlage). Das zeigte letztendlich, welche großen strategischen und taktischen Probleme in der deutschen Sozialdemokratie aus der notwendig gewordenen Verbindung des Kampfes um Demokratie und des Kampfes um Sozialismus entstanden. Die Hauptursache für die unzureichende Aufnahme dieses Abrüstungsplanes in der deutschen Sozialdemokratie resultierte vor allem aus erkenntnistheoretischen Problemen der meisten Führer der Partei in Fragen des Kampfes um Demokratie und Sozialismus. Daß keine grundsätzliche Beschäftigung mit dem Abrüstungsplan erfolgte, beweist auch die Tatsache, daß 1897, als Max Schippel sehr massiv das militärtheoretische Erbe von Engels angriff, die meisten Führer der deutschen Sozialdemokratie nicht in der Lage waren, diese Angriffe zurückzuweisen.⁵⁵ Insofern sagen mehrere Nachdrucke von „Kann Europa abrüsten?“ in regionalen Blättern der deutschen Sozialdemokratie⁵⁶ nichts über den Grad der Aufnahme dieses Planes und seiner Nutzung im antimilitaristischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie.

Noch bescheidener war die internationale Wirkung dieses Planes. Abgesehen davon, daß keinerlei Übersetzungen dieser Arbeit publiziert wurden, ist von österreichischer und französischer Seite keine direkte Reaktion überliefert. Selbst eine italienische Übersetzung, die Pasquale Martignetti anfertigte, lehnte Filippo Turati ab zu veröffentlichen⁵⁷, da er ein Gegner der militärischen Jugenderziehung war.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß vielleicht auf dem Gebiet der proletarischen Militärpolitik am deutlichsten wurde, wie weit Engels die meisten Führer der internationalen Sozialdemokratie zu dieser Zeit überragte und wie weit er in die Dialektik des Kampfes um Demokratie und Sozialismus eingedrungen war. Wie wichtig für Lenin später diese Arbeit unter diesem Gesichtspunkt wurde, beweisen neben einem umfangreichen Konspekt⁵⁸ dieser Arbeit auch seine Äußerungen im Vorfeld des Kongresses der II. Internationale in Kopenhagen 1910⁵⁹.

Anmerkungen

- 1 Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW, Bd. 22, S. 251.
- 2 Ebenda.
- 3 Ebenda, S. 256.
- 4 Engels an Paul Lafargue, 3. November 1892. In: MEW, Bd. 38, S. 505.
- 5 Siehe Karl Wippermann: Deutscher Geschichtskalender für 1892, Zweiter Band, Leipzig 1893, S. 122.
- 6 Engels an August Bebel, 20. August 1892. In: MEW, Bd. 38, S. 434.
- 7 August Bebel an Engels, 23. August 1892. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London/Paris 1965, S. 578.
- 8 Vorwärts, Nr. 146, 25. Juni 1892, S. 2.
- 9 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Berlin vom 14. bis 21. November 1892. Berlin 1892, S. 131.
- 10 Siehe ebenda, S. 145.
- 11 Ebenda, S. 132.
- 12 Siehe Karl Wippermann: a. a. O., S. 125.
- 13 Siehe Gesetzentwurf, betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. In: Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., II. Sess., 1892/93, 1. Anlagenband, Berlin 1893, Drucksache 22, S. 100–115.
- 14 Ebenda, S. 100.
- 15 Siehe Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., II. Sess., 1892/93, I. Anlagenband, Berlin 1893, S. 100–115.
- 16 Siehe ebenda, S. 102.
- 17 Siehe ebenda, S. 101.
- 18 Karl Marx: Invasion! In: MEW, Bd. 13, S. 444.
- 19 Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., II. Sess., 1892/93 Bd. 1, Sitzung vom 13. Dezember 1892, Berlin 1893, S. 303 B.
- 20 Siehe ebenda, S. 307 A.
- 21 Siehe ebenda, S. 288 B–293 A.
- 22 Siehe ebenda, S. 293 A–298 B.
- 23 General von Loë an von Stumm-Halberg, 31. Dezember 1892. In: Fritz Hellwig: Carl Freiherr von Stumm-Halberg 1836–1901, Heidelberg–Saarbücken 1936, S. 467/468.
- 24 Siehe Engels an August Bebel, 22. Dezember 1892. In: MEW, Bd. 38, S. 552.
- 25 Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., II. Sess., 1892/93, Bd. 1, Sitzung vom 13. Dezember 1892, Berlin 1893, S. 338 C–D.
- 26 August Bebel an Engels, 5. Dezember 1892. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London/Paris 1965, S. 635.

- 27 Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., II. Sess., 1892/93, Bd. 1, Sitzung vom 15. Dezember 1892, Berlin 1893, S. 383 D.
- 28 Siehe August Keim: Erlebtes und Erstrebtes, Hannover 1925.
- 29 Siehe Ludwig von Quidde: Der Militarismus im heutigen Deutschen Reiche – Eine Anklageschrift. Von einem deutschen Historiker, Stuttgart 1893.
- 30 Siehe X. Y.: Zur Militair-Vorlage. Heureka. Ein unparteiischer praktischer Vermittlungsvorschlag, Berlin 1893, S. 6.
- 31 Wilfried Mende: Der Beitrag Wilhelm Liebknechts zur marxistischen Massenpropaganda der deutschen Sozialdemokratie in der ersten Hälfte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung seiner Tätigkeit als Chefredakteur des „Vorwärts“, Diss. B, Halle 1984, S. 80.
- 32 ZStA Potsdam, Rep. 30, Titel 94, 13140, Bl. 161.
- 33 Vorwärts, Nr. 12, 14. Januar 1893, 1. Beilage, S. 3, Sp. 1/2.
- 34 Vorwärts, Nr. 21, 25. Januar 1893, S. 3, Sp. 3.
- 35 Siehe August Bebel an Engels, 11. Februar 1893. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. London/Paris 1965, S. 664.
- 36 Siehe Engels an August Bebel, 24. Februar 1893. In: MEW, Bd. 38, S. 34.
- 37 Siehe z. B. Der Platz der Armee in der Gesellschaft – Rundtisch-Gespräch von Militärs und Wissenschaftlern. In: Das 20. Jahrhundert und der Frieden, 9/1988, Moskau, S. 22/23 und Aleksandr Savinkin: Kakaja armija nam nužna. In: Moskovskie Novosti, Nr. 45/1988, Moskva, S. 6.
- 38 Siehe August Bebel an Engels, 12. März 1893. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. London/Paris 1965, S. 672.
- 39 Siehe z. B. Bruno Hübner/Jürgen Lampe/Helmut Otto: Zur Entstehung und Wirkung von Engels' Arbeit „Kann Europa abrüsten?“ In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Heft 6/1983, S. 716/717.
- 40 Siehe Vorwärts, Nr. 37, 12. Februar 1893, S. 3, Sp. 3.
- 41 August Bebel an Engels, 28. Februar 1893. In: August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels. London/Paris 1965, S. 670.
- 42 Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., II. Sess., 1892/93, Bd. 3, Sitzung vom 3. Mai 1893, Berlin 1893, S. 2139 B.
- 43 Siehe ebenda, S. 2165 A.
- 44 Siehe Friedrich Engels: Der Sozialismus in Deutschland. In: MEW, Bd. 22, S. 251.
- 45 Engels an Paul Lafargue, 3. November 1892. In: MEW, Bd. 38, S. 505.
- 46 Siehe Steno-Berichte. VIII. Leg.-Per., I. Sess., 1890/91, Bd. 1, Sitzung vom 16. Mai 1890, Berlin 1891, S. 104.
- 47 Wilhelm Liebknecht an Engels, 28. Februar 1893. In: Wilhelm Liebknecht Briefwechsel mit Karl Marx und Friedrich Engels, The Hague 1963, S. 386.
- 48 Siehe Steno-Berichte. IX. Leg.-Per., I. Sess., 1893, Einziger Band, Sitzung vom 7. Juli 1893, Berlin 1893, S. 22 B.

- 49 Ebenda, S. 25 C.
- 50 Siehe Steno-Berichte. IX. Leg.-Per., III. Sess., 1894/95, Bd. 2, Sitzung vom 2. März 1895, Berlin 1895.
- 51 Ebenda, S. 1211 B.
- 52 Siehe ebenda, S. 1211 C.
- 53 Karl Kautsky an Engels, 5. März 1895. In: Friedrich Engels' Briefwechsel mit Karl Kautsky, Wien 1955, S. 422.
- 54 Ebenda.
- 55 Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hamburg vom 3. bis 9. Oktober 1897, S. 142.
- 56 Siehe z. B. Der Wähler. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volks, Leipzig, Nr. 65–74, 20. März 1893–30. März 1893; Schwäbische Tagwacht. Organ der Sozialdemokraten Württembergs, Stuttgart, Nr. 66/67, 20./21. März 1893 und Hamburger Echo, Hamburg, Nr. 53/54, 3./4. März 1893.
- 57 Siehe Pasquale Martignetti an Engels, 6. Juli 1893. In: Marx, Engels Corrispondenza con Italiani 1848–1895, Milano 1964, S. 491.
- 58 Siehe W. I. Lenin: Engels. „Kann Europa abrüsten?“ In: LW, Bd. 39, S. 507–511.
- 59 Siehe Lenin an Karl Radek, 30. September 1910. In: LW, Bd. 36, S. 147.